

Wird Europa zur "behindertenfreien" Zone?

Stellvertretende "Imabe"-Geschäftsführerin warnt vor den Gefahren der Pränataldiagnostik - "Beratungsstellen müssen einbezogen werden"

20.10.2009

Wien (KAP) Vor den Gefahren der Pränataldiagnostik hat die stellvertretende Geschäftsführerin des katholischen "Instituts für medizinische Anthropologie und Bioethik" (Imabe), Susanne Kummer, gewarnt. Die Diagnose "behindert" ende in den meisten Fällen mit einer Abtreibung. Europa könne auf diese Weise zur "behindertenfreien" Zone werden.

In der Pränataldiagnostik brauche es "ausführliche Begleitung und Aufklärung darüber, was die Untersuchungen bedeuten, was sie können, was sie nicht können und zu welchen Entscheidungssituationen sie führen", betonte Susanne Kummer in einem Kommentar in der "Österreichischen Ärztezeitung". Die Praxis der Pränataldiagnose sei janusköpfig. Einerseits würden die Methoden immer feiner, die Palette der (privat zu bezahlenden) Angebote wachse, andererseits gebe es kaum Therapiemöglichkeiten.

Susanne Kummer wies daraufhin, dass sowohl Mütter (und Väter) als auch Ärzte beim vorgeburtlichen Gesundheitscheck unter Druck stehen und oft alleine gelassen sind. Zahlreiche Nebenfaktoren hätten Einfluss auf Entscheidungen der Eltern: Was hier zunächst wie persönliche Wahlfreiheit aussehe, "wird zur Verantwortung für die Qualität des Kindes und endet als 'soziale Pflicht', ein behindertes Kind der Gesellschaft nicht zuzumuten". Ärzte seien andererseits häufig in der Zwickmühle, dass das Ziel der Pränataldiagnose zunehmend nicht nur der Sorge um Gesundheit von Mutter und Kind gilt, sondern angesichts der "katastrophalen rechtlichen Situation" auch zur eigenen Absicherung gegen Schadenersatzzahlung dienen soll.

Die Praxis sei reformbedürftig, so die stellvertretende "Imabe"-Geschäftsführerin: Ein Kassenarzt habe im Schnitt acht Minuten Zeit, um die vorgeschriebenen vorgeburtlichen Routineuntersuchungen vorzunehmen; er sei verpflichtet, die werdende Mutter über weitere Methoden der Pränataldiagnose zu informieren. Für intensivere Gespräche gebe es da nicht viel Raum, schon gar nicht bei "Auffälligkeiten", wo auf die nächste Instanz verwiesen werden muss.

Im Zusammenhang mit der Fristenregelung würden immer wieder die seit 35 Jahren versprochenen, aber nicht umgesetzten "flankierenden Maßnahmen" eingefordert, erinnerte Susanne Kummer. Gerade in der Pränataldiagnostik müsse man Beratungsstellen in den Gesprächsprozess mit den Eltern mit einbeziehen.